Nr. 18/344

Evaluation des neuen Wahlrechts

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Februar 2012
(Drucksache 18/269)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 18/345

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bundesfreiwilligendienst stärken – Anreizsystem schaffen

   Große Anfrage der Fraktion der CDU
   vom 17. Januar 2012
   (Drucksache 18/200)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 3. Juli 2012
   (Drucksache 18/491)

2. Sport- und Bewegungsförderung in der Bremer und Bremerhavener Kindertagesbetreuung

   Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
   vom 21. März 2012
   (Drucksache 18/321)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2012
   (Drucksache 18/430)

3. Umsatzsteuerzerlegung an Bildungsaufgaben anpassen!

   Antrag der Fraktion DIE LINKE
   vom 24. April 2012
   (Drucksache 18/362)

4. Extremistische Straftaten im Land Bremen

   Große Anfrage der Fraktion der CDU
   vom 5. Juni 2012
   (Drucksache 18/446)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 10. Juli 2012
   (Drucksache 18/510)

5. Genehmigungsverfahren im Baurecht

   Große Anfrage der Fraktion der SPD
   vom 19. Juni 2012
   (Drucksache 18/462)

Nr. 18/346

Fragestunde

1. Medizinische Behandlung von Seeleuten im „Veterinäramt“?

   Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Paul Bödeker, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 14. Juni 2012

2. „Zu gut für die Tonne“

   Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 14. Juni 2012

3. Einsätze von Überwachungsdrohnen im Land Bremen

   Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 19. Juni 2012

4. Ladestationen für Elektrofahrzeuge

   Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. Juni 2012

5. Neufassung des Sexualkunde-Leitfadens

   Anfrage der Abgeordneten Rolf Vogelsang, Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 19. Juni 2012

6. Sicherheitsleistung für Kurzzeitvisa

   Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. Juni 2012

7. Konzept zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes vorlegen

   Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Claas Rohmeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. Juni 2012

8. Arbeitsmarktperspektiven für bisherige Schlecker-Beschäftigte

   Anfrage der Abgeordneten Dieter Reinken, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 22. Juni 2012

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Pensionslasten im Land Bremen

   Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 25. Juni 2012

10. Zukunft der Schlecker-Beschäftigten im Land Bremen

    Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. Juni 2012

11. Betriebskosten von Kindertagesstätten

    Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. Juni 2012

12. Einrichtung des Masterstudiengangs „Frühkindliche Pädagogik“

    Anfrage der Abgeordneten Dr. Stephan Schlenker, Sülmez Dogan, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Juni 2012

13. Schutz vor Fluglärm

    Anfrage der Abgeordneten Arno Gottschalk, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 4. Juli 2012

14. Ablehnende OVG-Urteile zur Zulassung zweier Privatschulen in Bremen

    Anfrage der Abgeordneten Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 4. Juli 2012

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 18/347

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

> **„Zupacken statt zaudern: Finanzierungsvorschlag des Bundes zur A 281 annehmen!“**

Nr. 18/348

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Änderung des Artikel 79 Absatz 3 der Bremischen Landesverfassung – Begründungspflicht bei von Beschlüssen der Bürgerschaft abweichendem Stimmverhalten des Senats im Bundesrat

Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 9. Dezember 2011
(Drucksache 18/161)
2. Lesung

Der Antrag ist erledigt durch Annahme der Drucksache 18/468.

Nr. 18/349

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Bremisches Gesetzblatt in elektronischer Form

Mitteilung des Senats vom 3. April 2012
(Drucksache 18/328)
2. Lesung

Der Antrag ist erledigt durch Annahme der Drucksache 18/468.

Nr. 18/350

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Änderung der Artikel 79 und 123 der Bremischen Landesverfassung

Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses nach Artikel 125
der Bremischen Landesverfassung
vom 25. Juni 2012
(Drucksache 18/468)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des nichtständigen Ausschusses nach Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des nichtständigen Ausschusses nach Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen zur Kenntnis.

Nr. 18/351

Betreuung unter dreijähriger Kinder im Land Bremen: Entwicklung, Stand und Ausbauplanung

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Februar 2012
(Drucksache 18/250)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. Juli 2012

(Drucksache 18/492)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/352

Verwaltungsgebühren für Waffenkontrollen

Mitteilung des Senats vom 20. März 2012
(Drucksache 18/309)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/353

Mindestlohngesetz für das Land Bremen (Landesmindestlohngesetz)

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Februar 2012
(Drucksache 18/229)
2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Juni 2012

(Drucksache 18/477)

u n d

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 10. Juli 2012

(Drucksache 18/518)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/354

Notruf per SMS und Applikation für Smartphones und Tablet-Computer für Menschen mit Hör- und Sprachbehinderung einführen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. April 2012
(Drucksache 18/338)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/355

Unverzüglich einfachen und verlässlichen Notruf bei Polizei und Rettungsdiensten auch für Menschen mit Hör- und Sprachbehinderung einführen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. Juni 2012
(Drucksache 18/448)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich sowohl auf Bundesebene als auch in den bereits tätigen Arbeitsgruppen dafür einzusetzen, dass unverzüglich ein bundesweit einheitliches und verlässliches System für Notrufe für Menschen mit Hör- und Sprachbeeinträchtigungen entwickelt und eingeführt wird.

Nr. 18/356

Zukunft der Pflege im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. April 2012
(Drucksache 18/339)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Mai 2012

(Drucksache 18/423)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/357

Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Menschenhandel verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. April 2012
(Drucksache 18/351)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. den runden Tisch „Menschenhandel" in regelmäßigem Turnus unter Teilnahme von Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen tagen zu lassen und einen jährlichen Bericht über die Arbeitsergebnisse vorzulegen sowie im Zusammenwirken von Clearingstelle und rundem Tisch eine Kooperationsvereinbarung zu entwickeln, die verlässliche Abläufe, das Zusammenwirken von Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen und den Opferschutz in Verfahren wegen Menschenhandel und Zwangsprostitution regelt.
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, das Aufenthaltsrecht für Opfer aus Nicht-EU-Ländern zu verbessern bzw. auszubauen, insbesondere durch Neufassung des § 25 Absatz 4a Aufenthaltsgesetz als Sollvorschrift sowie durch eine Erweiterung, die den Opfern auch schon während der Bedenkzeit einen Rechtsanspruch auf einen verlängerbaren Aufenthaltstitel gewährt.
3. bis zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes Opfern von Menschenhandel aus Nicht-EU-Ländern auf Landesebene einen gleichrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und Ausbildung, zu beruflicher Qualifikation sowie zu Sprachkursen zu gewähren.
4. im Zusammenwirken von Clearingstelle und rundem Tisch weitere Maßnahmen zum verbesserten Opferschutz zu entwickeln sowie Lösungen zur Verbesserung der Aufenthaltssituation der betroffenen Frauen, die den Aufenthaltsstatus und die finanzielle Versorgung der Frauen aus sogenannten Drittstaaten in Bremen einschließen.
5. Fortbildungen für Bremer Strafrichterinnen und Strafrichter zu den besonderen Voraussetzungen der Verfolgung von Menschenhandel und Zwangsprostitution anzubieten und hierbei auch die Bremer Beratungsstellen mit einzubeziehen.
6. sich auf Ebene der norddeutschen Bundesländer für eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution einzusetzen.
7. Der Bürgerschaft (Landtag) bis Ende 2012 über die ergriffenen Maßnahmen zu berichten.

Nr. 18/358

Kontrolle von Bordellen und Modelwohnungen verbessern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. Juni 2012
(Drucksache 18/438)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/359

Rechtliche Grundlagen zur wirksamen Kontrolle von ausbeuterischen Bordellbetrieben schaffen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Juli 2012
(Drucksache 18/517)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, die es Frauen und Männern, die in Bremen und Bremerhaven selbstbestimmt der Prostitution nachgehen oder nachgehen möchten, ermöglichen, diese Tätigkeit diskriminierungsfrei ausüben zu können.
2. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb von sechs Monaten ein Landesgesetz vorzulegen, das
   a) die Zulassung von Bordellbetrieben und die Vermietung von Modelwohnungen und sogenannten Koberwohnungen unter Erlaubnisvorbehalt stellt,
   b) die Zulassung zum Betrieb eines Bordells oder zur Vermietung von Modelwohnungen und sogenannten Koberwohnungen verweigern kann, sofern Zweifel an der notwendigen Zuverlässigkeit der Antragstellenden bestehen,
   c) die Zulassung mit Auflagen verbinden kann, die dem Arbeits- und Gesundheitsschutz von Prostituierten und Kundinnen/Kunden dienen,
   d) ermöglicht, die Einhaltung der Zulassungsvoraussetzungen und der Auflagen im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zu kontrollieren,
   e) ermöglicht, die Zulassung in Fällen von Verstößen zu widerrufen,
   f) sicherzustellen, dass von den Regelungen a) bis e) auch Eigentümerinnen/Eigentümer und Vermieterinnen/Vermieter von Modelwohnungen und sogenannten Koberwohnungen entsprechend erfasst werden sowie
   g) bei der Zulassung von Bordellbetrieben, Modelwohnungen und sogenannten Koberwohnungen die Interessen von Anwohnerinnen und Anwohnern angemessen zu berücksichtigen.
3. bei der Entwicklung der Maßnahmen und des Gesetzes Interessenvertretungen von Prostituierten und Hilfeeinrichtungen für Opfer von Menschenhandel mit einzubeziehen.
4. sofern auf Bundesebene Gesetzgebungsvorhaben zur Regelung des Betriebs von Bordellbetrieben und Modelwohnungen bestehen, die Bremer Anforderungen einzubringen und sich dafür einzusetzen, dass damit keine rechtlichen oder gesellschaftlichen Rückschritte für die Frauen verbunden sind, die ohne Zwang durch Dritte und selbstbestimmt der Prostitution nachgehen.

Nr. 18/360

Attraktivität der Pflegeberufe steigern – Einrichtung einer Pflegekammer prüfen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. April 2012
(Drucksache 18/361)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/361

Wahl eines Mitglieds des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Frank Willmann

anstelle der Abgeordneten Susanne Wendland zum Mitglied des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses.

Nr. 18/362

Budgethoheit der Landesparlamente sichern – Modernisierung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen fortführen

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 25. Juni 2012
(Drucksache 18/467)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Dresdner Erklärung zur Sicherung der Budgethoheit der Landesparlamente sowie zur Fortführung der Modernisierung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen zur Kenntnis.

Nr. 18/363

Evaluation des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Bremen

Evaluationsbericht 2012 gemäß § 32 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Bremen (Bremisches Verfassungsschutzgesetz – BremVerfSchG)

Mitteilung des Senats vom 26. Juni 2012
(Drucksache 18/470)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/364

Gesetz zur Änderung des Bremischen Tageseinrichtungs- und Kindertagespflegegesetzes (BremKTG) – Rechtsanspruch auf sechsstündige Betreuung für drei- bis sechsjährige Kinder ermöglichen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. Juli 2012
(Drucksache 18/487)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/365

Hilfesystem für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder überprüfen

Mitteilung des Senats vom 3. Juli 2012
(Drucksache 18/489)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Bericht zur Versorgungslage von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Nr. 18/366

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 10
vom 4. Juli 2012

(Drucksache 18/499)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/367

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Mitteilung des Senats vom 10. Juli 2012
(Drucksache 18/508)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Druck: Hans Krohn · Bremen